

Sehr geehrte Fr. Minister Dr. Karmasin!

Vor einigen Monaten forderten Sie die Länder auf, den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakprodukten zu stärken. Die meisten Länder Europas erlauben den Bezug von Tabakprodukten erst ab dem 18. Lebensjahr. In letzter Zeit ist es leider wieder still geworden um das Thema.

Machen wir uns die Fakten bewusst:

- Tabakprodukte sind **akut toxisch** (Nikotinvergiftung).
- Sie verursachen bleibende Schäden und Erkrankungen wie **Herzinfarkt, Schlaganfall, COPD...**
- Sie verursachen mindestens ein Viertel aller **Krebsfälle**.
- Tabakprodukte verursachen oft eine **lebenslange Sucht**.

Es gibt kein legales Produkt mit einem vergleichbaren Gefahrenpotential. Hätte z.B. ein Medikament nur eine dieser Eigenschaften, dann wäre es verschreibungspflichtig und dürfte nur in Apotheken abgegeben werden. Es ist deshalb unverständlich, dass solche Produkte überall so problemlos erhältlich sind. Über Zigarettenautomaten können 16-jährige legal Tabakprodukte beziehen. Sie geben die Karte an Jüngere weiter, somit kommen sogar Kinder problemlos an Tabakprodukte heran.

Nun behaupten Tabaklobbyisten, der Griff zur Zigarette wäre eine selbstbestimmte freie Entscheidung. Ist es nicht pervers, angesichts der zu erwartenden Abhängigkeit, das Wort „frei“ überhaupt zu verwenden? Die Assoziation von Tabakprodukten mit dem Wort „Freiheit“ ist eine Marketingstrategie, die genau auf die Freiheitsliebe der Jugendlichen abzielt. Die Entscheidung für Tabakprodukte fällt oft schon im Alter von 11-12 Jahren. Sie wird stark von außen beeinflusst. Rauchen gilt noch immer als cool, schließlich rauchen auch Freunde die nur wenig älter sind **legal**.

Es gibt leider noch immer großen Widerstand gegen eine Anhebung des Bezugsalters auf 18 Jahre. Politiker meinen, wenn Jugendliche mit 16 wählen dürfen, dann müssten sie sich auch mit 16 für oder gegen Tabakprodukte entscheiden dürfen. Sind Wahlen und Tabakprodukte wirklich vergleichbar? Machen Wahlen krank oder süchtig? Ist eine falsche Wahlentscheidung für den Rest des Lebens ebenso schwer korrigierbar wie eine Sucht? Dieser Vergleich ist gedankenlos.

Immer wieder wird die Verantwortung des Elternhauses betont, und Politiker begründen ihr Nichtstun mit dem Subsidiaritätsprinzip. Das Elternhaus war in den letzten 50 Jahren offensichtlich nicht erfolgreich, die Zahl der rauchenden Jugendlichen ist extrem. Wieso sollte sich nun plötzlich etwas ändern? Gerade dort findet oft der erste Kontakt mit Tabakprodukten statt. Wie authentisch wirken rauchende Eltern, wenn sie ihre Kinder vom Rauchen abhalten wollen? Wenn das Elternhaus so häufig versagt, müsste dann nicht der Staat subsidiär den Schutz der Jugendlichen gewährleisten?

Das Gesundheitsministerium hat eine neue Informationskampagne gestartet, Informationen sind zwar wichtig, aber es ist nicht zu erwarten, dass die Wirkung groß ist. Jugendliche werden auf jeder Zigaretenschachtel über die Gefahren des Rauchens informiert, und beginnen trotzdem damit. Die Entscheidung für Zigaretten entsteht nicht durch ein Informationsdefizit. Jugendliche beginnen zu rauchen, weil Freunde ebenfalls rauchen, weil man dazu gehören will, und vor allem weil sie problemlos an Zigaretten heran kommen. Es ist nichts Negatives daran, dass sich Jugendliche an älteren Jugendlichen orientieren, das können sie also nicht beeinflussen. Ändern können sie lediglich die Erreichbarkeit von Tabakprodukten. Heben Sie das Bezugsalter für Tabakprodukte an, verbieten Sie Zigarettenautomaten, kontrollieren Sie die Trafikanten durch jugendliche Testkäfer und Sie haben gewonnen!

Jugendschutz bis zum 18. Lebensjahr gibt es in vielen Bereichen. Österreichs Jugendliche werden vor jugendgefährdenden Medien geschützt, Solarien dürfen erst ab 18 benutzt werden, der Aufenthalt an vielen Orten ist für Jugendliche unter 18 verboten. Es gibt viele Gesetze (z.B. Gurtenpflicht, Helmpflicht, Verbot von Bisphenol A,...) die mit einem **vorbeugenden Gesundheitsschutz** begründet werden. Niemand schreit hier noch Bevormundung. Aber ausgerechnet bei einem Suchtmittel mit einem **nachweisbar** hohen Gesundheitsrisiko legen Politiker andere Maßstäbe an. Ist das nicht verantwortungslos?

Die Zahl der rauchenden Jugendlichen ist noch immer extrem, geringfügige Verbesserungen in der HBSC Studie sind noch kein ausreichender Erfolg. Eine positive Entwicklung wird wahrscheinlich schon bald durch E-Zigaretten zunichte gemacht. Sie sind bei Jugendlichen sehr beliebt. Studien zeigen, dass jugendliche Dampfer häufig schon innerhalb eines Jahres auf Tabakprodukte umsteigen. Auch hier fehlen noch Regelungen, die Jugendliche schützen.

Die Landesjugendreferent/innenkonferenz hat bei ihrer Tagung am 29. April 2015 die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die sich mit Fragen der Prävention und des Jugendschutzes beschäftigen soll. Das Bundesministerium für Familien und Jugend wurde in diese Arbeitsgruppe eingeladen und um Federführung ersucht. Ich hoffe, Sie haben noch die Möglichkeit, einige dieser Argumente einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Stefan Strasser
Univ.Prof. Dr. Manfred Neuberger

Gesendet am 5.10.2015 über <http://www.bmfj.gv.at/Anliegen.html>